

# Tagesanzeiger

Freitag  
7. Dezember 2018

126. Jahrgang Nr. 285  
Fr. 4.20  
AZ 8021 Zürich

## Weihnachtsmärkte

Was treibt die Menschen im Advent in dampfende und blinkende Konsumwelten?

3

## Konkordanz

Wie der Bundesrat so wurde, wie er sich heute präsentiert.

6, 7



## Chantal Galladé

Die Nationalrätin tritt ab – doch Ueli Maurer will sie wiedersehen.

17

## Marthaler kehrt in den Schiffbau zurück



Tanz zwischen den Stühlen: Marc Bodnar bei der Marthaler-Aufführung im Zürcher Schiffbau. Foto: Tanja Dorendorf (T+T Fotografie)

**Theater** Zum ersten Mal seit 2004, seit seinem erzwungenen Abgang als Direktor des Zürcher Schauspielhauses, hat Christoph Marthaler eine Inszenierung für den Schiffbau erarbeitet – für jene

Bühne also, die es ohne ihn nicht geben würde. «44 Harmonies from Apartment House 1776» ist eine hoch musikalische Hommage an den Komponisten John Cage und dessen Leidenschaft für Pilze.

Auch dank der Bühnengestaltung von Anna Viebrock und grossartigen Auftritten seiner Weggefährten ist die Inszenierung ein echter Marthaler-Abend geworden. (suk) Seite 33

## Gewaltsamer Protest gegen Bildungsreform

**Frankreich** Bei Schülerprotesten ist es zu Gewalt und Festnahmen gekommen: In Städten wie Marseille und Bordeaux zündeten Demonstranten am Donnerstag Mülltonnen und Autos an und lieferten sich Gefechte mit der Polizei. Mehr als 700 Schüler sind bei den landesweiten Protesten vorübergehend festgenommen worden. Insgesamt wurden über 200 Gymnasien und Mittelschulen im Land und vereinzelt auch Universitäten bestreikt. Die Protestierenden fürchten härtere Auswahlkriterien beim Hochschulzugang sowie Kürzungen beim Lehrpersonal. Die Proteste halten seit Wochenbeginn an. (Reuters) **Kommentar Seite 2, Berichte Seite 8, 32**

## Arbeitsmarkt Schweiz: Ein grosser Makel

**Beschäftigungspolitik** Die OECD positioniert sich neu mit ihren Empfehlungen in der Arbeitsmarktpolitik: In einer Zeit grundlegenden Wandels reiche es nicht mehr aus, gute Rahmenbedingungen für die Schaffung neuer Stellen zu gewährleisten. Ebenso wichtig seien auch die Qualität der Jobs sowie faire Chancen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen auf dem Arbeitsmarkt. Bei diesem Dreiklang schneidet die Schweiz gut ab, liegt sie doch in der OECD-Rangliste hinter Island auf Platz zwei. Eine grosse Schwachstelle gibt es jedoch: In kaum einem anderen Land ist das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen so gross wie hierzulande. (rm.) Seite 13

## Kommentare & Analysen

### «Die Aufregung um die Geste gewährte Einblick in die Psyche der Nation.»

**Michèle Binswanger**  
Die Redaktorin Meinungen zum Wort des Jahres: «Doppeladler». Seite 2

### Debatte auf Seite 23

Aus drucktechnischen Gründen finden Sie die Debattenseite heute im zweiten Bund, hinter den Bellevue-Seiten.

## Kantonsräte wollen Zürich bevormunden

**Verkehr** Die Städte Zürich und Winterthur sollen nicht mehr selbst über Tempo 30 und Spurreduktionen auf Hauptstrassen entscheiden dürfen.

### Pascal Unternährer

Die bürgerliche Mehrheit im Zürcher Kantonsparlament will den rot-grünen Städten Zürich und Winterthur die Hoheit über die grösseren Strassen entziehen. Die Verkehrskommission hat diverse Initiativen zugestimmt. SVP, FDP, CVP, BDP und EDU stehen hinter den Vorstössen, die damit im Kantonsrat klar mehrheitsfähig sind. Dies betrifft auch die Änderung der Signalisationsverordnung.

Auslöser ist der bürgerliche Ärger über die Verkehrspolitik der Städte, welche den motorisierten Individualverkehr behinderten. Dazu gehören Massnahmen wie Tempo 30 auf Hauptstrassen, verkehrsdosierende Ampeln oder abgebaute Autospuren. Der Streit kulminierte vor ein paar Jahren in der Frage, ob die Stadt Zürich beim Sechseläutenplatz eine Spur stadteinwärts ab-

bauen darf oder nicht. Die Gerichte gaben der Stadt recht. Das wollten aber die Bürgerlichen nicht auf sich sitzen lassen. Auftrieb erhielten sie durch das klare Ja des kantonalen Stimmvolks zum Gegenvorschlag zur Anti-Stau-Initiative der SVP im September 2017. In der Abstimmung hat sich gezeigt, dass das Volk keinen Kapazitätsabbau auf den Strassen will.

### Referendum droht

Gegen die Revision des Strassengesetzes sind SP, GLP, Grüne und EVP. In der SP ist bereits von Referendum die Rede – entweder das Volksreferendum oder das Gemeindereferendum, das die beiden Grossstädte in Eigenregie ergreifen können. Auch sähe man es bei der SP gerne, wenn der Zürcher Stadtrat angesichts der Eskalation auf kantonaler Ebene sein Ja zum Rosengartentunnel in Wipkingen überdenken würde. Seite 15

## Doris Leuthard legt sich noch einmal ins Zeug – für die umstrittene «Lex Beznau»

**Atomkraft** Die abtretende Bundesrätin Doris Leuthard wird heute versuchen, eine umstrittene Strahlenschutzbestimmung durchzubringen. Das berichten zwei voneinander unabhängige Quellen. Konkret geht es um die Menge radioaktiver Strahlung, die ein Atomkraftwerk im Falle eines schweren Erdbebens emittieren darf. Den von Umweltschützern geforderten Grenzwert von 1 Milli-

sievert können die hiesigen AKW weitgehend einhalten – bis auf das Werk in Beznau, das auf 32 Millisievert käme. Leuthard fordert eine Festschreibung des tolerierten Werts auf 100 Millisievert – wodurch für Beznau-Betreiberin Axpo teure Nachrüstungen entfallen würden. Das ist insofern problematisch, als in dieser Sache auch noch ein Gerichtsurteil ausstehend ist. (red) Seite 5

## Wer folgt bei der CDU auf Angela Merkel?

**Deutschland** Vor dem bedeutendsten Parteitag seit fast 20 Jahren steigt die Nervosität unter den deutschen Christdemokraten. 1001 Delegierte werden heute Nachmittag in den Hamburger Messe-Hallen einen Nachfolger für Angela Merkel wählen, die seit dem Jahr 2000 der CDU vorsteht. Das Rennen zwischen dem früheren Fraktionschef Friedrich Merz (63) und CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer (56) gilt als völlig offen. Der liberalkonservative Merz hat Vorteile bei der Basis der Mitglieder, die Mitte-Politikerin Kramp-Karrenbauer bei den Funktionären und in den Umfragen. (de.) **Analyse und Porträts Seite 9**

ANZEIGE

HAPPY DIAMONDS COLLECTION

Chopard

CHOPARD BOUTIQUE ZÜRICH  
Bahnhofstrasse 40, 044 215 30 30



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo  
Inserate 044 248 40 30, inserate@tages-anzeiger.ch  
Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch  
Leserbriefe tagesanzeiger.ch/leserforum  
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Leserbriefe	23	Veranstaltungen	36
TV/Radio	24	Rätsel	38
Todesanzeigen	26	Wetter	39



# Leuthard will «Lex Beznau» sichern

**Atomkraft** Die CVP-Magistratin will heute im Bundesrat eine Strahlenschutz-Bestimmung durchbringen, die dem AKW Beznau nützt. Dabei sind ein Gerichtsverfahren und ein Prüfauftrag aus dem Parlament hängig.

Stefan Häne

Macht Doris Leuthard in ihren letzten Tagen als Bundesrätin der Axpo ein Abschiedsgeschenk? Im Bundesrat ist heute laut zwei voneinander unabhängigen Quellen ein Geschäft traktandiert, das dem Stromkonzern ein Problem lösen würde, so es die Regierung genehmigen sollte.

Das Problem: Es liegt in jenen Verordnungen, die für die Sicherheit von Atomkraftwerken massgeblich sind. Die AKW-Betreiber müssen unter anderem nachweisen, dass ihre Meiler auch bei sehr schweren Erdbeben nur eine gewisse Menge an radioaktiven Stoffen an die Umwelt abgeben. Strittig ist nun aber, wie viel Radioaktivität die Bevölkerung maximal ausgesetzt sein darf, sollte ein Erdbeben, wie es alle 10 000 Jahre zu erwarten ist, ein Atomkraftwerk erschüttern.

Die Atomaufsicht des Bundes (Ensi) und die AKW-Betreiber sehen den Grenzwert bei 100 Millisievert; dies entspreche der internationalen Norm. Die Umweltverbände dagegen legen ihn bei 1 Millisievert fest. Zur Einordnung: Die durchschnittliche jährliche Strahlendosis, die ein Mensch in der Schweiz etwa über die natürliche Strahlung oder medizinische Geräte aufnimmt, beträgt gut 5 Millisievert.

## Juristisch umstritten

Wo der Grenzwert festgelegt wird, ist für das Atomkraftwerk Beznau entscheidend. Die Anlage, welche die Axpo betreibt, würde im erwähnten Fall 32 Millisievert freisetzen. Gälte ein Grenzwert von 1 Millisievert, müsste Beznau für Nachrüstungen vom Netz – mit finanziellen Folgen für die Axpo –, eventuell sogar für immer. Alle anderen Atomkraftwerke in der Schweiz haben Werte unter 1 Millisievert; einzig Leibstadt mit 2 Millisievert liegt leicht darüber.

Welche Seite recht hat, ist juristisch umstritten. Der Fall, der namentlich Beznau betrifft, liegt beim Bundesverwaltungsgericht, nachdem Umweltverbände und Beznau-Anwohner gegen das Ensi ein Verfahren angestrengt haben. In ihren Argumentationen berufen sich die Antipoden gleichermassen auf geltende Be-



Risiko Erdbeben: Das AKW Beznau müsste vom Netz, wenn der Bundesrat einen tiefen Grenzwert festlegt. Foto: Thomas Egli

## Strittig ist, wie viel Radioaktivität die Bevölkerung maximal ausgesetzt sein darf.

stimmungen – die offenbar nicht klar formuliert sind.

Diesen Mangel hat auch Leuthard erkannt. Unter ihrer Federführung hat der Bundesrat deshalb im Januar eine Revision der fraglichen Verordnungen in die Vernehmlassung geschickt. Er will den Grenzwert «klar und eindeutig» bei 100 Millisievert festlegen. Trotz teils massiven Protesten in der Vernehmlassung – Kritiker sprechen von einer «Lex Beznau» – hält Leuthard gemäss gut informierten Kreisen am 100-Millisievert-Grenzwert fest. Da es sich um Anpassungen

auf Verordnungsstufe handelt, kann der Bundesrat in Eigenregie entscheiden. Leuthards Departement, das Uvek, äussert sich zum Geschäft nicht; die Tagesordnung der Bundesratssitzung sei vertraulich.

## Berset stellt sich quer

Ob Leuthard den Gesamtbundesrat heute überzeugen kann, ist aber noch nicht sicher. Alain Berset (SP) wird sich für eine Herabsetzung auf 20 bis 50 Millisievert einsetzen, also in einen für Beznau delikaten Bereich, wie bundesratsnahe Kreise bestätigen. Bersetts Antrag entspricht jener Empfehlung, welche die Eidgenössische Kommission für Strahlenschutz abgegeben hat. Angegliedert ist die Kommission dem Bundesamt für Gesundheit, dessen oberster Chef Berset ist.

Auch die Krebsliga regt an, den Grenzwert tiefer anzusetzen,

namentlich im Bereich von 10 und 50 Millisievert. Gerade weil die Bevölkerung einem zusätzlichen Strahlenrisiko ausgesetzt würde, brauche es eine «klare wissenschaftliche und gesundheitsrisikobasierte» Begründung für eine Limite bei 100 Millisievert, schreibt die Organisation in einem noch unveröffentlichten Positionspapier. Die Bevölkerung, gibt die Krebsliga weiter zu bedenken, sei nicht homogen: «Gerade Kinder sind gegenüber Strahlenbelastung viel empfindlicher als Erwachsene.»

## Scharfe Kritik aus der FDP

Leuthards Vorgehen ist auch im Parlament umstritten, wo selbst in bürgerlichen Kreisen Zweifel an der geplanten Revision aufgekomen sind. So hat die CVP-FDP-SVP-dominierte Umweltkommission des Ständerats jüngst einstimmig beschlossen,

ein Kommissionspostulat einzureichen, das vom Bundesrat einen Prüfbericht verlangt. «Unabhängige Fachexperten» sollen die Auswirkungen der vorgesehnen Änderung auf die Bevölkerung aufzeigen. Gemeint sind damit nicht Fachleute des Ensi, das wie bereits erwähnt Teil des laufenden Rechtsstreits ist.

**FDP-Ständerat Damian Müller spricht vor diesem Hintergrund von einem «demokratisch sehr fragwürdigen» Vorgehen. Die Hearings in der Umweltkommission mit involvierten Akteuren hätten gezeigt, dass gerade bezüglich Schutz der Bevölkerung viele Fragezeichen bestünden und die Revision unsauber aufgegleist sei. «Das Uvek und Doris Leuthard müssen sich überlegen, auf welcher Seite sie stehen.» Der Gesamtbundesrat entscheide heute hoffentlich im Sinne der Bevölkerung.**

## Grosse Emotionen vor absehbarem Entscheid

**UNO-Migrationspakt** Der Nationalrat hat sich gestern in einer emotional geführten Debatte mit parlamentarischen Vorstössen zum UNO-Migrationspakt befasst. Darüber entscheiden wird er aus Zeitgründen erst kommenden Dienstag. Die Meinungen sind aber gemacht. Der UNO-Migrationspakt wird nächste Woche an einer Konferenz in Marrakesch formell verabschiedet. Die Schweiz nimmt daran nicht teil, denn der Bundesrat hat beschlossen, den Ausgang der Debatten im Parlament abzuwarten. Der Ständerat hat sich vergangene Woche mit dem Thema befasst. Er fordert, dass nicht der Bundesrat, sondern das Parlament über die Zustimmung der Schweiz entscheide. Dieser Ausgang zeichnet sich auch im Nationalrat ab. So könne sich das Parlament vertieft mit dem Migrationspakt beschäftigen, lautete der Tenor. (sda)

## Nachrichten

### Kampffjetbeschaffung soll vors Volk

**Parlament** Das Stimmvolk soll über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge abstimmen, nicht aber über einen bestimmten Flugzeugtyp. Der Ständerat hat gestern eine Motion der BDP-Fraktion an den Bundesrat überwiesen. Der Entscheid fiel mit 22 zu 18 Stimmen bei 1 Enthaltung knapp aus. Mit dem Vorstoss fordert die BDP, was der Bundesrat in der Zwischenzeit angekündigt hat: Das Parlament soll in einem Planungsbeschluss über die Beschaffung und den dafür vorgesehenen Betrag abstimmen. (sda)

### Ständerat vertagt brisanten Entscheid

**Waffenexporte** Die Diskussion über Waffenexporte ist noch nicht zu Ende. Der Nationalrat verlangt, dass künftig das Parlament die Bewilligungskriterien festlegt. Der Ständerat hat gestern den Entscheid darüber jedoch aufgeschoben. Eine Motion der BDP-Fraktion, die die Zuständigkeit vom Bundesrat auf das Parlament übertragen will, soll zuerst von der Kommission geprüft und allenfalls angepasst werden. (sda)

### BDP-Parlamentarier wechseln zur FDP

**Solothurn** Im Kanton Solothurn wechseln die beiden Landwirte Markus Dietschi und Martin Flury, die zwei einzigen Kantonsparlamentarier der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP), zur FDP. Die Solothurner Klempartei dürfte damit kaum mehr eine Zukunft haben. Die FDP wird wieder zur grössten Parlamentsfraktion. (sda)

### 540 Millionen Franken für Pflichtlager

**Antibiotika** Wird in der Schweiz die Versorgung mit Antibiotika knapp, öffnet der Bund das Pflichtlager. Unternehmen, welche solche Pflichtwaren lagern, werden vom Bund finanziell unterstützt. Für die nächsten fünf Jahre beantragt der Bundesrat einen Kredit von 540 Millionen Franken. Der Ständerat ist mit dieser Unterstützung einverstanden. (sda)

## Altersvorsorge und Prämienlast bereiten Sorgen

**Umfrage** Um die Altersvorsorge sorgen sich laut dem gestern publizierten CS-Sorgenbarometer 2018 die Menschen in der Schweiz weiterhin am meisten: 45 Prozent der Befragten bezeichneten dies als drängendstes Problem. Mit 41 Prozent neu auf Platz zwei der grössten Sorgen befindet sich der Bereich Gesundheit und Krankenkassen. Er legte gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent zu. Dahinter bleiben die Bereiche Ausländer und Flüchtlinge/Asyl mit 37 beziehungsweise 31 Prozent die Sorgen Nummer drei und vier. Die Umweltthematik ist mit 23 Prozent wieder unter den Top-5-Sorgen. (sda)

## Ein Viertel der Bevölkerung erhält Prämienverbilligung

**Krankenversicherung** Trotz steigender Prämien haben die Kantone ihre Beiträge reduziert.

Bund und Kantone haben im Jahr 2017 für die Verbilligung der Krankenkassenprämien zusammen 4,5 Milliarden Franken ausgegeben. Davon haben die Kantone 42 Prozent übernommen, wie aus dem Monitoring des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) hervorgeht.

Gegenüber 2014 haben die Kantone ihren Beitrag um gut 2 Prozent und gegenüber 2010 sogar um fast 9 Prozent reduziert. Die Prämienverbilligung war pro Kopf im Kanton Graubünden am höchsten, gefolgt von den Kantonen Zug, Tessin, Waadt und Basel-Stadt. Am tiefsten war der Pro-Kopf-Beitrag im Kanton Appenzell Innerrhoden.

Von den rund 2,2 Millionen Menschen, die 2017 eine individuelle Prämienverbilligung bezogen, erhielten rund 380 000 Ergänzungsleistungen (EL) und rund 330 000 Sozialhilfe. Obwohl die durchschnittliche finanzielle Belastung der Haushalte zugenommen hat, erzielt das System insgesamt einen bedeutenden Umverteilungseffekt, heisst es im Bericht.

Vor allem den ärmsten 30 Prozent der Haushalte komme die Prämienverbilligung zugute. Das sei auch jene Bevölkerungsgruppe, die am meisten medizinische Leistungen zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung beziehe. Am meisten

profitierten von der Verbilligung Einzelternfamilien.

Je nach Kanton zeigt sich eine sehr unterschiedliche Handhabung der Prämienverbilligung. Die Beiträge pro Einwohner schwankten zwischen 372 Franken im Kanton Nidwalden und 991 Franken in Basel-Stadt. Die Anzahl der Bezüger liegt zwischen 19 Prozent im Kanton Luzern und 35 Prozent im Kanton Schaffhausen.

## Prämienlast steigt stetig

Der neue Bericht zeigt auch, dass die Beiträge zur Prämienverbilligung weniger rasch steigen als die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversi-

cherung. Faktisch bedeutet dies, dass die Prämien das Budget von Haushalten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen immer mehr belasten. Haushalte mit Kindern sind davon stärker betroffen.

2017 entsprach die nach der Verbilligung verbleibende Belastung eines Haushalts durch die Krankenversicherung im Schnitt 14 Prozent des verfügbaren Einkommens. 2014 waren es noch 12 Prozent gewesen. Im Kanton Zürich betrug die Prämienbelastung im letzten Jahr 16 Prozent und im Kanton Bern 17 Prozent. Mit 18 Prozent am höchsten war die Prämienlast in den Kantonen Jura und Baselland. (sda)